

Am 8. März 2022 erklärte die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson anlässlich einer Pressekonferenz zum Krieg in der Ukraine, dass ein NATO-Beitrittsantrag Schwedens »nicht aktuell« sei. Er würde die Sicherheitslage in Europa nur weiter destabilisieren. 24 Stunden später war alles anders. Plötzlich meinte Andersson, dass nichts in Stein gemeißelt sei und dass ein Land natürlich auch seine Verteidigungspolitik immer wieder überdenken müsse.

Danach ging alles sehr schnell. Als deutlich wurde, dass die finnische Regierung so bald wie möglich einen Antrag zum NATO-Beitritt stellen wollte, hatte es auch Schweden eilig. Genau 71 Tage, nachdem Andersson die Frage für nicht aktuell erklärt hatte, reichte die schwedische Regierung gemeinsam mit der finnischen ihren Antrag ein.

Traditionell neutral

Wie konnte es dazu kommen? Dass Finnland in der Diskussion voranschritt, verwundert nicht. Die Geschichte der finnischen Neutralität unterscheidet sich von der Schwedens. Schwedische Regierungen versuchen seit Beginn des 19. Jahrhunderts kriegsrische Auseinandersetzungen diplomatisch zu vermeiden. Die finnische Neutralität hingegen war eine Bedingung für die Unabhängigkeit des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg. Von Seiten der Westmächte wurde sie als Unterwerfung unter die Sowjetunion betrachtet. Der Begriff der »Finnlandisierung«, der die informelle Gängelung eines Landes durch einen mächtigen Nachbarstaat meint, schaffte es sogar ins diplomatische Vokabular.

Die finnisch-russische Grenze erstreckt sich über 1.340 Kilometer. Bis 1919 wurde die finnische Politik 200 Jahre lang von St. Petersburg mitgeprägt. Danach kam es immer wieder zu Grenzstreitigkeiten, vor allem, was die Aufteilung Kareliens betrifft. Der Bürgerkrieg zwischen »Roten« und »Weißen«, der 1918 auf Finnland überschwappte, und der Winterkrieg 1939/40 hinterließen in Finnland tiefe Spuren. Die »russische Bedrohung« wurde politisch und medial immer hochgehalten und erfuhr mit der Invasion russischer Truppen in die Ukraine eine neue Aktualität. Erstmals wünschte sich eine Mehrheit der finnischen Bevölkerung einen NATO-Beitritt. Die Koalitionsregierung der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Sanna Marin wollte Handlungsfähigkeit beweisen.

In Schweden hat sich die Neutralität historisch bewährt. Auch während der beiden Weltkriege kam es dort, anders als in den nördlichen Nachbarländern, zu keinen Kampfhandlungen. Man profitierte vielmehr ökonomisch, nicht zuletzt durch Eisenerzexporte an die deutsche Kriegsindustrie. Schweden entwickelte sich von einem rückständigen, agrarisch geprägten Land zu einer der führenden Industrienationen Europas und zum Musterbeispiel für einen Wohlfahrtsstaat.

Der indessen wird seit den 1990er Jahren kontinuierlich abgebaut. Der Neoliberalismus machte vor Schweden nicht halt. Sozialkürzungen, Privatisierungen und die Prekarisierung des Arbeitsmarktes haben zu einer ungleichen Gesellschaft mit starken sozialen Spannungen geführt. Das spiegelt sich auch in der Parteipolitik wider: seit der Jahrtausendwende werden die politischen Konflikte zwischen dem »rot-grünen« Block und der bürgerlichen Allianz mit harten Bandagen ausgefochten, und die 1988 im neonazistischen Milieu gegründeten Schwedendemokraten konnten zu einer bedeutenden Kraft aufsteigen.

All das ist für den schwedischen Antrag zum NATO-Beitritt von Bedeutung, da in Schweden am vergangenen Wochenende ein neues Parlament gewählt wurde. Wäre 2022 kein Wahljahr gewesen, wären die NATO-Diskussionen ohne jeden Zweifel anders verlaufen. Es gehört zur Tragik des schwedischen Beitrittsversuchens, dass diese Entscheidung mit weltpolitischen Folgen zu einem großen Teil die Konsequenz kurzfristiger parteipolitischer Interessen ist.

Falsches Vorbild Finnland

Unmittelbar nachdem Magdalena Andersson im März erklärt hatte, dass ihre Regierung einen NATO-Beitritt nicht in Erwägung ziehe, zeigte

Mit den Kriegstreibern in einem Boot

NATO-Morderweiterung. Das ehemals neutral orientierte Schweden steht vor dem Beitritt zum Nordatlantikpakt.

Von Gabriel Kuhn, Stockholm

HENRIK MONTGOMERY/TT NEWS AGENCY VIA REUTERS

Mit dem Rücken voran in die falsche Richtung. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson in Harpsund,

sich die bürgerliche Opposition empört. Ulf Kristersson, Vorsitzender der Moderaten, meinte, dass Andersson Russland erlaube, die Verteidigungspolitik Schwedens zu diktieren. Als Meinungsumfragen nahelegten, dass sich auch in Schweden erstmals in der Geschichte eine Mehrheit der Bevölkerung für einen NATO-Beitritt aussprach, sah die Sozialdemokratie mit Blick auf die Wahlen im September ihre Felle davonschwimmen. Ihre radikale Kehrtwende in der NATO-Frage war die Folge.

Die wurde in erster Linie unter Verweis auf das finnische »Brudervolk« gerechtfertigt. Man dürfe Finnland in Zeiten wie diesen nicht alleine lassen. Das Narrativ der »russischen Bedrohung« griff man gerne auf, die jahrhundertlange Herrschaft Schwedens über Finnland ließ man unter den Tisch fallen. Lieber spricht man von einer »langen gemeinsamen Geschichte«. Diese hat unter anderem dazu geführt, dass es mit den Finnlandsschweden eine bedeutende schwedischsprachige Minderheit in Finnland gibt. (Die zu Finnland gehörende Insel Åland ist ausschließlich schwedischsprachig.) In Schweden wiederum werden die Schwedenfinnen seit dem Jahr 2000 als offizielle nationale Minderheit anerkannt. Die meisten von ihnen kamen im Laufe des 20. Jahrhunderts als Arbeitsmigranten ins Land. Immer schon auf schwedischem Staatsgebiet wohnten die Tornedalfinnen im hohen Norden des Landes,

eine weitere offiziell anerkannte Minderheit.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Schweden und Finnland, auf die im Kontext des NATO-Beitritts so fleißig verwiesen wird, hat eine vergleichsweise kurze Geschichte. Zu ihr kam es erst in den 1990er Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts reichte noch die alleinige Erwägung eines schwedisch-finnischen Militärbündnisses, um von politischen Ämtern entfernt zu werden. So erging es 1923 dem damaligen schwedischen Außenminister Carl Hederstierna, als er eine gemeinsame schwedisch-finnische Verteidigungsstrategie skizzierte.

An die Erzählung von der »russischen Bedrohung« lässt sich in Schweden leicht anknüpfen. Die gemeinsame Landesgrenze fehlt, doch Berichte über russische U-Boote, die in schwedischen Gewässern gesichtet werden, oder russische Kampffjets, die in den schwedischen Luftraum eindringen, dienen seit jeher der Stimmungsmache. Besonderes Augenmerk gilt dabei der strategisch wichtigen Ostseeinsel Gotland. Auf diese, so meint man in Schweden, habe es Russland abgesehen. Gotland liegt nahe der russischen Exklave Kaliningrad und dem Baltikum. Auch die baltischen Staaten spielen für die Rechtfertigung einer NATO-Mitgliedschaft eine Rolle. Die Handelsbeziehungen sind eng, und man fühlt sich für die Kleinstaat mitverantwortlich. Schließlich haben sie

sich aus der Perspektive der nördlichen Nachbarn vom sowjetischen Erbe und der russischen Einflussphäre emanzipiert.

Sicherheit verschlechtert

Rational ist an dem schwedischen Beitrittsversuch wenig. Bis heute verweisen selbst vereinzelte Sozialdemokraten darauf, dass damit die Sicherheitslage des Landes nicht verbessert, sondern verschlechtert würde. Dienten Finnland und Schweden einst als Pufferzone möglicher militärischer Aggression, stehen sie im Falle einer NATO-Mitgliedschaft an der vordersten Front geopolitischer Konflikte. Auch stimmt kaum, dass Finnland und Schweden ohne Mitgliedschaft bei militärischen Angriffen auf sich alleine gestellt wären. Bereits seit Jahren werden militärische Übungen gemeinsam mit NATO-Truppen durchgeführt. Mit entsprechenden Erwägungen wollte sich in den letzten Monaten jedoch niemand aufhalten. Statt dessen titelte die liberale Tageszeitung *Dagens Nyheter* am Tag des schwedischen NATO-Beitrittsantrags: »Heute ist es leicht, auf Schweden stolz zu sein!«

Das ist freilich auch ein Zeichen der Zeit. Die NATO-Diskussion ist im globalen Kontext zu betrachten. Die Krise des globalisierten Kapitalismus hat dem Nationalstaat eine neue Bedeutung verliehen. Klassische Formen des Imperialismus, bei denen man sich die Kontrolle über Territorien



Schweden, 13. Juni 2022

militärisch sichert, treten wieder verstärkt an die Stelle rein ökonomischer Abhängigkeiten. Diese Realitäten holen auch den Norden Europas ein.

Es schadet der öffentlichen Wahrnehmung der NATO in Finnland und Schweden nicht, dass mit Jens Stoltenberg ein früherer sozialdemokratischer Ministerpräsident Norwegens gegenwärtig als Generalsekretär des Militärbündnisses dient. Stoltenberg warb seit Beginn des Krieges in der Ukraine aktiv um die Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands. Im Falle von Beitrittsanträgen versprach er deren Bearbeitung in Rekordzeit.

Veto der Türkei

Zu einer solchen kam es allerdings nicht. Grund war das türkische Veto. Der dem Militärbündnis zugrundeliegende Nordatlantikvertrag besagt, dass der Einspruch eines einzigen Mitgliedslandes ausreicht, um eine Neuaufnahme zu verhindern. Im Falle Finnlands und Schwedens nutzte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan diese Regelung genüsslich aus. Seine Kritik zielte vor allem auf die schwedische Kurden-Politik ab, die er als viel zu freundlich erachtet. Stockholm unterstütze »Terroristen«. Erdogan erboste unter anderem, dass die schwedischen Behörden in den vergangenen Jahren mehrere türkische Anträge auf die Auslieferung linker kurdischer und türkischer Aktivisten abgewiesen hatten. Im Zuge der NATO-Beitrittsverhandlungen Schwedens und

Finnlands präsentierte die türkische Regierung immer wieder Listen mit Leuten, deren Auslieferung sie forderte. Klarheit wurde selten geschaffen. Einmal befanden sich 30 Personen auf der Liste, dann wieder 70, Namen sickerten selten durch, und wenn, dann handelte es sich nicht nur um linke Aktivisten, sondern auch um Anhänger der Gülen-Bewegung, kritische Journalisten und Menschen ohne augenscheinliches politisches Engagement. Dass man besonders auf die kurdische Bewegung abzielte, stand jedoch außer Zweifel. Die Forderung nach Auslieferungen war die schwerwiegendste der türkischen Bedingungen für eine Anerkennung des schwedischen Beitrittsantrags. Die anderen waren die Aufhebung aller Waffenembargos, eine Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst und eine Übernahme der türkischen Terrorismusdefinitionen.

Der Stockholmer Politologe Ekim Caglar beobachtet die türkische Politik genau. Im Gespräch mit *junge Welt* bestreitet er die weitverbreitete Auffassung, dass es Erdogan in seinem Widerstand gegen den schwedischen NATO-Beitritt nur darum gehe, sich für die Präsidentschaftswahlen in der Türkei 2023 in Stellung zu bringen: »90 Prozent der Medien in der Türkei werden von der Regierung kontrolliert. Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind in knapp einem Jahr. Selbst wenn man davon ausgeht, dass hinter Erdogans Haltung in der NATO-Debatte ein innenpolitisches Kalkül steckt, so erlaubt man ihm, seine

Macht zu stärken – und dafür muss man auch die Verantwortung übernehmen.«

Azad Heyderi ist Vorsitzender der schwedischen Sektion von Kurdocide Watch – CHAK. Er berichtet im Gespräch mit dieser Zeitung über die Unruhe, die sich in der kurdischen Gemeinde Schwedens im Zuge der NATO-Beitrittsverhandlungen breitgemacht hat. Auch Heyderi meint, dass man Erdogan unterschätze, wenn man ihm in der NATO-Debatte nur symbolische Spielchen unterstelle, was in Schweden oft der Fall sei. Wenige Menschen dort dachten, dass die schwedischen Behörden den türkischen Forderungen nach Auslieferungen tatsächlich nachkommen würden. Doch Ende August wurde die erste Person auf der Grundlage der türkischen Listen in Abschiebehaft genommen. Der 26jährige Zinar Bozkurt, ein homosexueller Kurde mit Verbindungen zur Oppositionspartei HDP, wartet seither auf seine Auslieferung, die nur eine Intervention des Europäischen Gerichtshofs noch verhindern könnte. Warum ausgerechnet Bozkurt ausgeliefert werden soll, ist Heyderi ein Rätsel: »Zinar stellt kein Sicherheitsrisiko dar, nicht in Schweden und nicht in der Türkei. Ihn als solches zu bezeichnen ist ein schlechter Scherz.« Doch es ist gerade die scheinbare Willkür der Auslieferungssuche, die unter Kurden in Schweden Angst und Schrecken verbreitet. Wenn es Zinar Bozkurt trifft, so hat es den Anschein, kann es jeden treffen.

Es ist kein Wunder, dass die kurdische Gemeinde in Schweden von Anfang an zu den lautesten Kritikern eines NATO-Beitritts gehört. Eine prominente Rolle nimmt dabei die 51jährige Parlamentsabgeordnete Amineh Kakabaveh ein. Kakabaveh kämpfte im Jugendalter mit den Peschmerga im iranischen Teil Kurdistans. 1992 kam sie nach Schweden, wo sie 2008 für die Linkspartei ins Parlament einzog. Nachdem sie im August 2019 nach internen Konflikten aus der Partei ausgetreten war, verblieb sie im Riksdagen als »wilde Abgeordnete«. An keinen Klubzwang mehr gebunden, kam ihrer Stimme bei knappen parlamentarischen Abstimmungen in den letzten Jahren entscheidende Bedeutung zu. Immer wieder wird Kakabaveh in den schwedischen Medien als Beispielfall dafür herangezogen, wie schädlich »wilde Abgeordnete« für das parlamentarische System seien – welche Rolle dabei spielt, dass Kakabaveh Kurdin und links ist, darüber lässt sich nur spekulieren.

Kurden geopfert

Als Schweden seinen Antrag zum NATO-Beitritt einreichte, sprach Kakabaveh von einem »Trauertag« für das Land, das seine kurdische Gemeinde geopfert habe. Als die Türkei Auslieferungen verlangte, forderte Kakabaveh von der schwedischen Regierung, den Beitrittsantrag zurückzuziehen. In einem Interview mit der Tageszeitung *Göteborgs-Posten* erklärte sie: »Schweden würde weltweit dafür respektiert werden, wenn die Regierung deutlich macht, dass sie nicht bereit ist, jeden Preis zu zahlen.« Wenig überraschend, reagierte die schwedische Regierung auf Kakabavehs Forderungen nicht.

Innerhalb der Linkspartei begann nach dem Beitrittsantrag ein Eiertanz. Da sich die Partei immer gegen die NATO positioniert hatte, war eine vorbehaltlose Unterstützung des Antrags nicht möglich. Einzelne Mitglieder taten ihren Widerstand auch deutlich kund. Offiziell hielt sich die Partei jedoch zurück. Die Parteiführung forderte einzig eine Volksbefragung. Auch hier spielte das Wahlkalkül eine große Rolle. Unter Meernoosh »Nooshi« Dadgostar, die im Oktober 2020 den Parteivorsitz übernommen hatte, will die Linkspartei in einer »rot-grünen« Koalition Teil der nächsten schwedischen Regierung sein. Sind die Widersprüche zur Sozialdemokratie in der NATO-Frage zu groß, ist das nicht möglich.

Auch jenseits der parlamentarischen Kräfte fiel der linke Widerstand gegen den NATO-Beitritt bescheiden aus. Eine führende Rolle in der Organisation von Protestveranstaltungen nahm die Kommunistische Partei ein, die 1970 aus einer Abspaltung von der Linkspartei hervorgegangen war.¹ Die Kommunisten wetteten angesichts des NATO-Beitrittsantrags in ihrer Zeitung *Proletären* gegen »sozialdemokratische Landesverräter«. Die Partei organisierte Demonstrationen gegen den Beitritt in vielen schwedischen Städten. Im Gespräch mit *jW* fasst

der Parteivorsitzende Povel Johansson die Konsequenzen eines NATO-Beitritts für Schweden nüchtern zusammen: »Schweden ist international als diplomatische Kraft bekannt. Immer wieder nahmen schwedische Politiker in internationalen Konflikten vermittelnde Rollen ein. Diese Zeiten werden vorbei sein, Schweden wird deutlich auf der Seite der USA stehen. Schweden kann auch keine führende Rolle mehr in Abrüstungsgesprächen spielen, und die Macht des militärisch-industriellen Komplexes wird weiter wachsen.«

Für den relativ schwachen Widerstand gegen den NATO-Beitrittsantrag gibt es mehrere Gründe. Einer liegt in der Schwäche der Linken im allgemeinen. Ein weiterer in der Tatsache, dass im Zuge der Coronapandemie die politische Protestkultur quasi zum Erliegen gekommen ist. Doch vor allem entstand in Schweden bis weit in linke Kreise hinein ein Klima, das jede Kritik an der NATO und der ukrainischen Regierung unter den Generalverdacht stellte, »prorussisch« und »putinfreundlich« zu sein.

Antirussische Hysterie

Deutlich wurde dies am Beispiel der linken Journalistin Kajsa Ekis Ekman. Ekman, die sich als marxistische Feministin begreift, ist seit vielen Jahren eine kontroverse Figur in der schwedischen Linken. In Fragen zur Geschlechteridentität positioniert sie sich beispielsweise abseits des linken Mainstreams, womit sie sich den Vorwurf der »Transphobie« eingehandelt hat. Als sie in einer Kolumne in der linken Wochenzeitung *ETC* im April 2022 die Geldquellen und politischen Verbindungen der in Schweden stark rezipierten englischsprachigen Onlinezeitung *The Kyiv Independent* aufdeckte, war der Aufschrei so groß, dass sie ihren Job bei *ETC* verlor. In einer an Peinlichkeit kaum zu überbietenden Posse machte der *ETC*-Chefredakteur dafür nicht die von ihm abgesegnete Kolumne verantwortlich, sondern einen Kommentar Ekmans in einem Instagram-Chat, in dem sie meinte, dass man *Russia Today* nicht als reine Propaganda abfertigen dürfe und eher mit *CNN* vergleichen solle.

Ende Juni billigte die Türkei schließlich den NATO-Beitrittsantrag Schwedens nach Verhandlungen während des NATO-Gipfels in Madrid. Welche Zugeständnisse die schwedische Regierung der türkischen gemacht hatte, blieb unklar. Erdogan feierte die Verhandlungen als großen Sieg. Die Verhaftung Bozkurts scheint ihn darin zu bestätigen. Auch an einer immer engeren Zusammenarbeit schwedischer Sicherheitskräfte mit dem türkischen Geheimdienst hegen Beobachter wenig Zweifel. Sollten die schwedischen Behörden Ankaras Definition von »Terrorismus« übernehmen, wären die Auswirkungen verheerend. Viele Solidaritätsprojekte in Kurdistan sind Azad Heyderi zufolge bereits eingestellt worden.

Den Großteil der Befürworter des NATO-Beitritts in Schweden kümmert all dies wenig. Besonders zufrieden zeigen sich jene Kräfte, die seit jeher einen NATO-Beitritt befürworteten, jedoch lange auf ihre Chance warten mussten: konservative politische Kräfte, die bedeutende schwedische Waffenindustrie, skrupellose Profiteure der Kriegsindustrie – das, was Povel Johansson den »militärisch-industriellen Komplex« nennt. Daraus, dass der Krieg in der Ukraine die geopolitische Karte bereits wesentlich neugezeichnet hat, kann kein Zweifel bestehen. Auch der Norden Europas wird nicht mehr derselbe sein.

■ Anmerkung

¹ Die Linkspartei nannte sich damals selbst noch »kommunistisch«. Die Abspaltung war zunächst als »Kommunistischer Verbund Marxisten-Leninisten« bekannt. Als die Linkspartei 1990 den Zusatz »Die Kommunisten« aus dem Parteinamen strich, nannte sich der KVML in »Kommunistische Partei« um.

■ Gabriel Kuhn lebt in Schweden und schreibt regelmäßig für das Ressort Außenpolitik dieser Zeitung.

■ Lesen Sie morgen auf den *jW*-Themaseiten:
Dem Menschen ein Gott. Vor 150 Jahren starb Ludwig Feuerbach
 Von Marc Püschel